

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Essen
Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

„Worüber es sich in der Kirche und der Gesellschaft zu streiten lohnt!“

Vortrag am „Tag der Besinnung“ im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin –

Samstag, 8. April 2017

I.

Die aktuellen Debatten um Religions-, Integrations- und Sicherheitspolitik, die Herausforderungen, die sich durch die völkerwanderungsähnlichen Bewegungen von Migranten, Flüchtlingen und anderen Menschen zeigen, aber auch die Wirklichkeiten von Terrorismus und Krieg sind untrügliche Signale, dass wir uns in neuen Welten befinden. Dafür brauchen wir neue Deutehorizonte. Sie zu entwickeln, heißt aber, zu beachten: Wer die Geschichte nicht kennt, erlebt sie zweimal!

Gerade Zeiten radikaler gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse, die mit religiösen Relativierungen bisher unbekanntes Ausmaßes einhergehen, fordern dazu auf, eine differenzierte, kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen als Realitäten in Europa und der Welt einzuüben. Insbesondere die politischen und sonstigen Herausforderungen durch Fundamentalisten aller Art, die auf der Tagesordnung stehen, rufen zu einem Mindestmaß an historischer Kontextualisierung und Sensibilität auf! Nur eine solche Reflexion ist uns Christen angemessen und entspricht unserem denkenden sowie gläubigen Reservoir und Resonanzraum, nicht zuletzt für explizit sozialkritische Ideen und politische Motivationen, die den Kernbestand der Botschaft mit ausmachen, um unsere Weltfähigkeit nicht nur unter Beweis zu stellen, sondern schlicht weg zu leben. Gegen die Gefahren von Emotionalisierungen und Unversöhnlichkeiten der Debatten muss es um eine seriös konstruktive Auseinandersetzung gehen, um nicht wieder in Kulturkämpfe vergangener Tage unter neuen Bedingungen zu geraten, wie dies, so scheint es, in den Populismen aller Art dieser Tage gefördert wird. Ich bin nämlich ernüchtert, weil sich, bis hinein in so genannte bürgerliche Milieus, das Irritierende mehr als das Integrierende des Religiösen der Menschen bemächtigt und somit ein Alarmzeichen dafür setzt, dass viele ihre eigene religiöse Tradition, ziemlich unvernünftig, nicht in ihre friedliche Selbstbeschreibung zu integrieren vermögen. Wie sollen dann neue, fruchtbare und den Frieden aller untereinander förderliche Perspektiven gefunden werden? Was bedeutet dieser Befund?

II.

Er bedeutet vor allem: Wir müssen neu lernen, zu streiten. Normalerweise verstehen wir diesen Begriff als bestimmend für gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen angesichts divergierender politischer Ideologien und sind misstrauisch, ihn auch als eine kirchliche Beschreibungskategorie zu verorten, weil es uns in der Kirche verständlicherweise doch vor allem um Einheit im Glauben und die Einheit des Glaubens geht. Bei näherer Hinsicht trägt jedoch der Begriff der Einheit, angesichts einer solchen Einheitsperspektive, mindestens einen Schatten der Entzweiung in sich. Um nämlich Einheit zu entwickeln, müssen wir doch sowohl lernen, sinnvoll von Konfliktgeschichten zu berichten, als auch wiederum davon zu lernen. Streit und Versöhnung, Konflikt und Erlösung gehören in ihrer oft paradoxalen Spannung zur Fähigkeit, Entwicklungen zu befördern, die scheinbar Gegensätze hervorrufen, aber doch ein gemeinsames Ziel anvisieren können. Im Sinne des Berliner Philosophen Georg Simmel ist Streit über einen soziologischen Grundbegriff, nämlich den der „Wechselwirkung“, zu verstehen, der nach vorne führt. Sind doch Streit und Konkurrenz für die Soziologen in der modernen Gesellschaft, die sich nicht zuletzt durch ihre Freiheits- und Individualisierungsprozesse ausbildet, ein Dauerphänomen. Gerade um der Einheit willen, ist eine Sensibilität für die Unversöhnlichkeit mit dem Gegensatz des Gemeinten notwendig, um sich immer wieder auf die Einheit zu besinnen. Das bedeutet, dass der vollständige Sieg einer Gruppe über seine so genannten Gegner und Feinde im soziologischen Sinne nicht immer ein Glück ist. Innerhalb mancher Gruppen mag es sogar zur politischen Klugheit gehören, für Gegner zu sorgen, damit die Einheit der Elemente als ihr vitales Interesse bewusst unwirksam bleibt. Hier geht es nicht um eine einfache Freund-/Feind-Logik, sondern mehr darum, den Kompromiss als Alternative zur Streitbeendigung durch Sieg, im Sinne eines Ausgrenzens und Niederringens eines äußeren Gegners, zu verstehen. Nicht naiv ist darum der Streit, sondern in diesem Sinne etwas Normales. Dagegen ist die Übereinstimmung aller etwas zu Erklärendes, oft schwer zu Initiierendes und stets Wiederherzustellendes. Darum liegt das Interessante bei Auseinandersetzungen i. d. R. in der Frage: Worüber müssen wir unbedingt Konsens erzielen, was können wir offenlassen, und was stellt im Konfliktfall das Gesamtsystem infrage?

III.

Genau ein solches Fragen entspricht der Grunderfahrung des modernen Menschen angesichts von Konfliktstrukturen, nämlich mit Ambivalenzen leben zu lernen, um sich hinsichtlich der eigenen Identität und Beziehungen positiv und fruchtbar zu den immer wieder erfahrenen Widersprüchen

im Alltag verhalten zu können. Denn die stetig steigende Komplexität der Wirkungsweisen unserer Welt überfordert fast alle Menschen systematisch. Gerade darum ist auch die religiöse Existenz und somit auch unser Glaube von Ambivalenzen geprägt, die sich für den Gläubigen in dem Bewusstsein ausdrücken, im Sinne des Evangeliums zwar in der Welt, aber nicht von der Welt zu sein. Gerade eine der wichtigen Erfahrungen der Zeit nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil zeigt doch, dass die so genannte Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen im Anschluss an die moderne Gesellschaft, z. B. durch die Entwicklung einer religiösen Anthropologie, die sich im öffentlichen Eintreten für die Menschenrechte und die Religionsfreiheit eines jeden Menschen zeigt, neue Formen von Komplexitätsbewusstsein benötigt, um die Wahrheitsfrage glaubwürdig zu bestehen. Auch die Erosion der herkömmlichen Kirchlichkeit zeigt dies. Für manche sind die täglichen Ambivalenzen zwischen Norm und Dogma und der in vielfältigen Alltagskonflikten infrage gestellte Existenz des glaubenden Menschen fast nicht mehr zu bewältigen.

IV.

Wenn Papst Franziskus, gerade um des Zusammenhaltes aller in schwierigen Fragestellungen willen, weniger durch Proklamation und Deklaration als im Umgang mit Ambivalenzen von den Möglichkeiten des Gesetzes der Gradualität spricht (vgl. Nachsynodales Schreiben *Amoris laetitia*, Rom, 300), dann zeigt sich z. B., was in Bezug auf das Familienthema von Bedeutung ist und mit Verlaub auf das Ganze der Verkündigung ausgedehnt werden dürfte. In den heutigen Ambivalenzen unserer Welt ist es nur noch möglich, immer wieder eine neue Ermutigung auszudrücken zu einer verantwortungsvollen persönlichen [und pastoralen] Unterscheidung der jeweils spezifischen Fälle. „Und da der Grad der Verantwortung... nicht in allen Fällen gleich [ist], müsste diese Unterscheidung anerkennen, dass die Konsequenzen und die Wirkungen einer Norm nicht notwendig immer dieselben sein müssen“ (AL 300). Gradualität kann solche Ambivalenzen von „entweder-oder“ Spannungen in einer durchaus pragmatisch zu nennenden Perspektive transzendieren, nämlich mit einem „sowohl-als auch“. Genau darum geht es doch angesichts dessen, worum zu streiten ist, nämlich darum, die Sensibilität für erlösende Transzendenz zu erhöhen, diese gleichzeitig zu bezeugen und zu begründen. Die Vorstellung, Ambivalenzen ließen sich ignorieren oder einfach auflösen, wäre unterkomplexer Relativismus. Dieser kann nie gemeint sein. Gerade heute beruht doch der Zusammenhalt in Kirche und Gesellschaft angesichts des Streits darüber, was uns hier wirklich bindet, auf den Fähigkeiten und Mechanismen im Umgang mit diesen Ambivalenzen. Es müssen in gemeinsamer Verfahrensweise neue Fähigkeiten

entwickelt und institutionalisiert werden, die sich mit den Fähigkeiten von Ambivalenzkompetenz und Konfliktfähigkeit beschreiben lassen. Die Reflexion auf das Verhältnis von Gesellschaft und Religion, von Welt und Kirche braucht den Mut zur Differenzierung und somit für den Christen die Befähigung zur Freiheit im Glauben.

V.

Damit ist nicht die Wahrheitsfrage verabschiedet, gerade nicht in Zeiten so genannter postfaktischer und präintellektueller Phänomene innerhalb der Gesellschaft. Wo viele Menschen das Gefühl haben, zu den Verlierern zu gehören und keine Solidaritäten mehr zu erfahren, bedarf es eines Prozesses der Unterscheidung der Geister, der zumindest das einmal als wahr Erkannte immer wieder vernünftig zu beschreiben imstande ist, es auch für den Nichtglaubenden zumindest plausibel macht und auf seine praktische Nützlichkeit hin befragt. Unter heutigen Bedingungen scheint mir, dass wir nur so dem Anspruch auf Wahrheit auf Dauer genügend Raum geben können, um nicht unter das Niveau unserer Tradition zu fallen und gleichzeitig weltfähig zu bleiben. Damit ist keinem Relativismus das Wort geredet, aber sehr wohl angenommen, dass wir für Überzeugungen eintreten, die sich nicht der Mehrheitsmeinung beugen, aber doch einsichtsfähig bleiben und als Ort des Konflikts identifiziert werden, weil es um lebhaftere Wechselwirkungen geht. Denn ohne eine gemeinsame Basis derjenigen, die um die wahre und beste Lösung ringen, kann sich eine Auseinandersetzung erst gar nicht entfalten.

Hieraus erwächst nicht nur in intellektueller, sondern auch in praktischer Rücksicht eine Perspektive für den Umgang mit dem Populismus und den Demokratieherausforderungen. Gerade hier ist doch deutlich zu sehen, dass ohne einen positiven Begriff von Streit, Ambivalenz und Gradualität nicht mehr um das gerungen wird, was Wahrheit ist und Identität bedeutet. Denn im Grunde vernebelt der Populismus als Begriff mehr, als das er klärt. In der Regel geht es um praktische Konflikte, wie z. B. die Wohlstandskonflikte innerhalb gewisser Schichten der Gesellschaft. Es geht um Fragen von Arbeit und Wohlfahrt, aber auch von politischen wie gesellschaftlichen Ordnungsideen. Es geht um die Gefahren einer sich verstärkt fragmentierenden Gesellschaft und darum, dass scheinbare „Deal-Maker“ mit Wirtschaftsregeln und Geschäftspraktiken sowohl die klassische Parteipolitik als auch rechtliche Verbindlichkeiten zu ersetzen drohen. Angesichts einer sich immer mehr emotionalisierenden Zivilgesellschaft sind dies verstehbare Phänomene, die deutlich zeigen, wie sehr gerade die Idee der Demokratie in eine Rezession geraten ist.

VI.

Hat dieser Befund Bestand, wird auch verstehbarer und einsichtiger, warum sich in Demokratien das Führungsmodell immer weniger klassischer normativer Rechtssysteme bedient, sondern mehr der Mechanik von Sozialtechniken. Jede auch noch so regulativ verstehbare Idee wird pädagogisiert und didaktisiert. Immerzu geht es um die Frage des „Wie“. Dabei müsste es aber eigentlich immer mehr unter heutigen Bedingungen um das „Wozu“ und das „Warum“ gehen. Wenn die Idee Schopenhauers von der „Welt als Wille und Vorstellung“ praktisch gedacht wird, dann leben wir heute in solchen Welten universaler Solipsismen. Immer weniger Menschen denken in Ordnungsperspektiven, immer mehr aber in Kategorien von Stamm, Familie und Interessengruppen sowie jenseits von rationalen Gesellschafts- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. Gleiches gilt auch für die Religion. Ob wir es nicht deswegen, auch zunehmend im „Populismus“, mit neuen Formen sozialistisch-nationaler Politikkonzepte zu tun haben? Und dies vor allem wegen der Widersprüche, in denen wir in unserer unvollendeten Globalisierung leben, in denen moderne Kriege asymmetrisch funktionieren, in denen der Terrorismus eine der Waffen dieses neuen Szenarios ist, wohldurchdacht in seinen Wirkungen und ganz gezielt eingesetzt. Verbunden ist diese Lage mit der Folge, dass Europa lernen muss, dass Globalität keine Einbahnstraße ist, sondern nun viele Menschen in Völkerwanderungsbewegungen auch zu uns führen wird. Denn Globalisierung heißt dann deutlich auch Import von kulturellen und demographischen, von politischen und militärischen Spannungen. Die Idee unserer Selbstbestimmung ist damit an ein Ende gekommen. Wohl deswegen beschäftigen wir uns immer noch lieber mit den Fragen, wie wir unsere Gesellschaft organisieren sollen und unseren Staat, als mit der Frage nach dem „Warum“ und „Wozu“. Wenn sich jeder erst recht durch die Digitalisierung seine eigene Welt denken und konstruieren kann, ohne wirkmächtige Kritik zu erfahren, dann ist ein Ordnungsdenken zwar ziemlich unbeabsichtigt, aber sehr wirkungsmächtig auf Dauer untergraben. Kein Wunder, dass sich darum in einer solchen Form von Demokratie, die zu einer Worthülse wird, politische Loyalitäten neu formieren und es auch Christdemokratie und Sozialdemokratie mit ihren Ordnungsvorstellungen immer schwerer haben, sich wirklich plausibel zu halten. Gleiches gilt ebenso für den Schwund an allgemein präsenten religiös-christlichen Prägungen, wie aber auch für die Entwicklung neuer nationaler Identitäten, die übrigens zugleich auch neue soziale Betreuungs- und Fürsorgekonzepte, manchmal sogar fast klassenkämpferische Umverteilungsvorschläge generieren. Das Fragment zählt mehr als das Ganze. Dann wundert es eben nicht, dass es neue Formen sozialistisch-nationaler Politikkonzepte gibt, um die nur zu

bekannte und sehr missverständliche und gefährliche Umkehrung des Wortes zu vermeiden. Entsprechend auch können dann Wirtschaftsregeln und Geschäftspraktiken die Parteipolitik ersetzen. Kein Wunder, dass Eliten immer mehr diskreditiert werden, bis auch diese Revolution ihre Kinder frisst. Vor allem wenn es darum geht, gegen das klassische repräsentativ-demokratische Politikmodell dasjenige der Ermittlung eines angeblich höherwertigen Volkswillens zu setzen, mittels dessen dann Regierungen durch angesetzte Volksabstimmungen Mehrheiten erzeugen wollen und rechenschaftspflichtige Mechanismen und repräsentative Organe der Gewaltenteilung beiseiteschieben.

VII.

Aus dem Gesagten folgt schlicht: Es lohnt sich, sich zu streiten. Sowohl innerhalb der Kirche, als auch in unserer Gesellschaft insgesamt ob der Konzepte für die Zukunft. Bedeutsam scheint zu sein, dass kreative Formen von Gesellschaftsbildung gefördert werden müssen, bei denen in all ihren Facetten der europäische Gedanke zum unbedingten Referenzrahmen gehört. Gerade dies ist zurzeit eher unpopulär und wird populistisch diskreditiert. Aber wo sich Unmut individualpolitisch artikuliert und soziale Fragen und nationale Herausforderungen zugleich Menschen bewegen, brauchte es nicht nur neue Bewegungen der Zivilgesellschaft, sondern solche der gesamten Öffentlichkeit, die den besagten Referenzrahmen setzt. In globalisierten Welten bedeutet dies, Europa ernst zu nehmen und von hierher Ordnungskonzepte zu entwickeln. Das bedeutet übrigens auch, Mut zu haben, die Grenzen wie auch die Anforderungen von Mobilität und an die Mobilität von Menschen in unserer globalisierten Welt neu zu definieren. Wir werden nicht darum kommen, nicht nur EU-weite Initiativen zu unterstützen, sondern z. B. auch Weltgipfel zum Thema Migration zu veranstalten (ähnlich des Weltklimagipfels). Wir brauchen zudem neue Formen von Urbanisierung und Wertschöpfung mit neuen Lebenschancen in heute scheinbar hoffnungslos erscheinenden Ländern unserer Erde. Hierbei könnten zumindest die Kirche und viele gesellschaftliche Akteure neu entdecken, dass es sich lohnt, die Friedensfähigkeit der Religionen zu stärken und dazu beizutragen, dass alle Religionen gemeinsam jedwede Gewalt gegen Menschen und Sachen, die im Namen einer Religion gedacht, gefordert oder praktiziert werden, als Gotteslästerung ächten. Gerade hier würden wir – nach Gottes Willen – der Weltfähigkeit des Menschen neue Wege zeigen, die über alle Appelle an Solidarität, Nächstenliebe und Tugenden hinausgingen! Gerade so könnten wir Christen uns als Kirche für den Glauben und seine Wahrheit wie für dessen Rationalität, Plausibilität und Relevanz einsetzen und so für die Weltfähigkeit des

Christen und der Kirche einstehen, also einen konstruktiven Beitrag für das leisten, worum es sich in Kirche und Gesellschaft wirklich zu streiten lohnt: um das Wohl aller Menschen und um die Bedeutung der Gottesbotschaft des Evangeliums mit ihrer Überzeugung und Suche nach der Wahrheit in aller Wahrhaftigkeit.